

EP-FR-01-775 C – Was Frieden schützt

Antragsteller*in: Sebastian Pewny (KV Bochum)

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 775 bis 778:

Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale ~~Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.~~ demokratische Heimstätte des jüdischen Volkes sind unverhandelbar. Dies gehört zur deutschen Staatsräson. Angesichts der großen Feindschaft gegenüber Israel, auch durch die palästinensische Bevölkerung, ist eine Zweistaatenregelung kein realistisches Instrument für Frieden und Sicherheit unserer Freund*innen in Israel. Wir streben eine europäische Sicherheitsgarantie für den Staat Israel an, der Israel auch militärisch bei der Bekämpfung von Terrorismus unterstützt und dauerhaften Frieden für die israelische Bevölkerung garantiert. Die deutsche Anerkennung eines Staates Palästina ist derzeit ausgeschlossen.

Begründung

Angeichts des brutalen Terrors sowie der feindlichen Angriffe aus Nachbarstaaten, denen Israel derzeit ausgesetzt ist, ist es deplatziert, den Wählenden Lösungen im Programm zu präsentieren, die absehbar nicht realistisch sind. Was Israel braucht ist Freundschaft und Unterstützung gegen diesen Terror.

weitere Antragsteller*innen

Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); Sven Schrade (KV Reutlingen); Ursula Eid (KV Esslingen); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Gertrud Welper (KV Borken); Uwe Ney-Rancea (KV Berlin-Pankow); Matthias Restorff (KV Schwarzwald-Baar); Reiner Daams (KV Solingen); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Karsten Finke (KV Bochum); Oliver Buschmann (KV Bochum); Yohana Rahel Hirschfeld (KV Hamburg-Altona); Leander Hirschsteiner (KV München); Marie Simone Dornia (KV Hamburg-Nord); Philipp Karl Witte (KV Hamburg-Altona); Tilmann Holzer (KV Berlin-Mitte); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.